

Laibacher Zeitung.



Nr. 266.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 21. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1870.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben die nachstehenden Allerhöchsten Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Graf Beust: Die Eröffnung der auf den 21. d. M. nach Pest einberufenen Delegationen hat am 24. d. M. stattgefunden, wovon Ich Sie unter Bezugnahme auf Mein Handschreiben vom 11. October 1870 behufs Veranlassung des Erforderlichen mit dem Bemerkten in Kenntniß setze, daß Ich hievon auch Meinen beiden Ministerpräsidenten entsprechende Mittheilung mache.

Wien, den 18. November 1870.

Franz Joseph m. p.

Beust m. p.

Lieber Graf Potocki! Die Eröffnung der auf den 21. d. M. nach Pest einberufenen Delegationen hat am 24. d. M. stattgefunden, wovon Ich Sie unter Bezugnahme auf Mein Handschreiben vom 11. October 1870 behufs Veranlassung des Erforderlichen in Kenntniß setze.

Wien, den 18. November 1870.

Franz Joseph m. p.

Potocki m. p.

Lieber Graf Andrássy! Die Eröffnung der auf den 21. d. M. nach Pest einberufenen Delegationen hat am 24. d. M. stattgefunden, wovon Ich Sie unter Bezugnahme auf Mein Handschreiben vom 11. October 1870 behufs Veranlassung des Erforderlichen in Kenntniß setze.

Wien, den 18. November 1870.

Franz Joseph m. p.

Andrássy m. p.

Der Justizminister hat die bei dem Landesgerichte Laibach erledigte Rathsecretärsstelle dem dortigen Gerichtsadjuncten Anton Boschizh verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Aus Anlaß des Namensfestes Ihrer Majestät der allergnädigsten Kaiserin hat die hochgeborene Frau Landespräsidentin Wilhelmine Conrad Freiin v. Cybelsfeld dem hiesigen Kinderspitale den Betrag von 50 fl. gespendet, wofür der wärmste Dank hiemit abgestattet wird.

Laibach, am 19. November 1870.

Der Verwaltungsrath des Elisabeth-Kinderspitals.

Politische Uebersicht.

Laibach, 20. November.

In der gestrigen Reichsrathsitzung erklärte bei Beginn der Adreßdebatte Grocholoki, die Polen werden sich nicht an der Adreßdebatte betheiligen und nur gegen die Adresse stimmen, weil diese die Versöhnungsversuche der Regierung verurtheilt und einen für die Monarchie verderblichen Standpunkt einnimmt und weil die Polen im gegenwärtigen Momente des nothwendigen einheitlichen Zusammengehens die Spaltung nicht vergrößern wollen. Giovanelli schloß sich Namens der Tiroler der Erklärung Grocholoki's an. Fuchs und Knoll sprachen für, Dinstl gegen die Adresse. Eine längere Rede Herbst's wurde beifällig aufgenommen. Abends sollte wieder eine Sitzung stattfinden.

Ueber die Gerüchte von Rüstungen schreibt die „Wr. Abdpst.“ von Freitag: Wir haben in der gestrigen Nummer davon gesprochen, daß Gerüchte über angebliche militärische Vorbereitungen verbreitet seien, und haben den Organen der Presse empfohlen, solche Gerüchte mit Vorsicht aufzunehmen. Es schien uns unmöglich, daß diese Warnung vor Gerüchten über angebliche Rüstungen anders verstanden werden könne, als im Sinne der Bestreitung des wirklichen Vorhandenseins derartiger Rüstungen. Da aber nichtsdestoweniger Zweifel in dieser Richtung laut geworden sind, unterlassen wir nicht, zu erklären, daß die angeblichen diesseitigen militärischen Vorbereitungen lediglich auf Gerüchten und nicht auf Wirklichkeit beruhen.

Die Pester Journale sprechen sich über den türkisch-russischen Conflict meist dahin aus, daß gegenwärtig der Augenblick für die Monarchie sehr günstig sei, und wenn Rußland den Rückzug nicht freiwillig

antrete, müßte es dazu selbst mit Waffengewalt gezwungen werden.

Die Stimmen der preussischen Presse sprechen durchwegs die Hoffnung aus, daß vorläufig der Friede im Orient erhalten bleiben werde, wobei sie jedoch nicht verkennen, daß es — wie z. B. auch ein Berliner Correspondent der „Schl. Ztg.“ schreibt — „zunächst darauf ankommen wird, zu erfahren, welchen Entschluß die englische Regierung über diesen unerwarteten Zwischenfall fassen wird.“

Die officiöse „Opinione“ glaubt, daß das russische Cabinet, welches nie ein Hehl aus seiner Absicht gemacht, die Revision des Pariser Vertrages anzustreben, den günstigen Moment hierzu in friedlicher Weise auszunützen gedenke. „Was Italien anbelangt, — schließt die „Opinione“ so genügt es, an den politischen Gedanken zu erinnern, der im Jahre 1854 die Regierung des Königs Victor Emanuel veranlaßte, sich mit den Westmächten gegen Rußland zu allüren, um die Ueberzeugung wachzurufen, daß es viele Gründe hätte, um bemüht zu sein, die Gemüther zu beschwichtigen und eine Politik zu unterstützen, welche seine Interessen im Orient in Einklang bringt mit den freundschaftlichen Beziehungen, die es mit Rußland verbinden.“

Die „Times“ sagt, man werde Rußland nicht gestatten, die gegenwärtigen Verwicklungen zu vermehren. Der „Standard“ fordert England auf, sich zum Kriege vorzubereiten und meldet, die Türkei sei zu einem entschiedenen Widerstande entschlossen und treffe Kriegsvorbereitungen.

Das „Journal de St. Petersburg“ sagt, daß, falls ein Congreß zusammenträte, die kaiserl. russische Regierung nicht ermangeln würde, denselben Fragen vorzulegen, die für Rußland von dringlichster Wichtigkeit sind, Rußland jedoch nöthigen wollen, den Zeitpunkt abzuwarten, in dem das Einvernehmen der europäischen Mächte erzielt werden könnte, hieße dasselbe auf unbestimmte Zeit an eine unmögliche, sich stets verschlimmernde Situation fesseln. Der Artikel wiederlegt die Ansicht, daß die russische Note die Annullirung des ganzen Vertrages in sich fasse; England könnte übrigens für die Türkei thun, was für Belgien geschah. Die Gefahren für die Türkei bestehen bloß im Innern. So lange die Beziehungen der Pforte zu Rußland nicht wieder auf freundschaftlichen Fuß gesetzt sind, ist die Beruhigung der christlichen Bewohner nicht zu hoffen. Rußland wird die lokale Unterstützung Oesterreichs in dieser Lebensfrage nach Gebühr zu würdigen wissen. Oesterreich weiß, daß seine politischen Schwierigkeiten an dem Tage begannen, als es durch die treulose orientalische Politik die Freundschaft Rußlands einbüßte. Beide Reiche gewinnen, wenn sie auf ihre wechselseitigen Interessen billige Rücksicht nehmen.

Die Zeidler'sche Correspondenz versichert, das Bombardement von Paris werde zur rechten Zeit nicht ausbleiben, da politische Gründe dazu rathen.

Die französische Regierung hat eine Reihe von Decreten erlassen, die sich auf die Landesverteidigung beziehen. Ingenieure, Architekten, Bauunternehmer und ihr Personal sind für die Dauer des Krieges der Regierung zur Verfügung gestellt; die Eisenbahngesellschaften können eventuell aufgefordert werden, ihre Bahnhöfe und selbst Theile der Bahnstrecken in Verteidigungsstand zu setzen; auch kann ihr Personal zur Mitwirkung an den Verteidigungsarbeiten in dem Departement aufgefordert werden, welches von der respectiven Bahn durchzogen wird. Arbeiter in Waffenfabriken können von der Regierung für ihre Zwecke benützt und eventuell in Compagnien oder Bataillons formirt werden; in Toulouse wird ein Uebungslager errichtet; bei der Ausfüllung der in der Militärverwaltung entstandenen Lücken wird von den gewöhnlichen hierarchischen Amtsförmlichkeiten abgesehen.

Als Ausdruck des Protestes gegen die Ankunft des Königs Victor Emanuel ist der Papst gesonnen, alle Kirchen Roms bis auf Weiteres zu schließen.

Die Adreßdebatte im Herrenhause.

(Sitzung vom 16. November.)

(Schluß.)

Se. Excellenz Ministerpräsident Graf Potocki: Es sind in diesem Entwurfe der Regierung Vorwürfe der ernstesten Natur gemacht worden. Einige dieser Vorwürfe erscheinen mir ungerecht, andere sind solcher Natur, daß ich sie nicht ruhig hinnehmen kann und mich dagegen feierlichst verwahren muß.

Wenn ich auf die verschiedenen Phasen meiner Thätigkeit und der Thätigkeit der Regierung, seitdem ich die Ehre hatte, von Sr. Majestät zum Ministerpräsidenten ernannt zu werden, einen Rückblick werfe, so erkläre ich hier, daß, wer die Situation vor sechs oder sieben Monaten nur halbwegs ins Auge faßt, einsehen muß, daß die Nothwendigkeit für mich dalag, die Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Landtage Sr. Majestät zu empfehlen. Der Vorwurf also, der im Adreßentwurfe mich treffen soll, geht über das Ziel und erscheint mir als vollkommen incorrect. Es ist mir ferner der Vorwurf gemacht worden, daß ich den böhmischen Landtag nicht zugleich mit den anderen Landtagen aufgelöst hätte. Diese Frage wurde schon so oft ventilirt, und von so verschiedenen Standpunkten beurtheilt, daß ich mir hier nur erlauben werde, auf jene Ereignisse hinzuweisen, welche plötzlich in so erschreckender Weise alle Interessen Europa's erschüttert haben und für die Monarchie nicht gleichgültig sein konnten. Der Krieg, der möglicher Weise bis an unsere Grenzen sich ausdehnen konnte, war es, der mir die Pflicht auferlegen mußte, alle Kräfte der Monarchie anzurufen, um sie um den Thron Sr. Majestät zu schaaren, auf daß sie, von dem patriotischsten Gefühle ihrer Pflicht für den Kaiser, unseren allergnädigsten Herrn, und das Vaterland erfüllt, in die Lage versetzt würden, all das aufzubieten zu können, was der Staat unter solchen Verhältnissen zu fordern berechtigt ist.

Es ist mir — ich will es nicht läugnen — nicht gelungen. Ich werde, da die Herren aus Böhmen nicht erschienen sind, keine Vorwürfe erheben; aber das bittere Gefühl der Enttäuschung ist und lebt in mir; denn daß ich warme Hoffnungen dafür gehegt habe, darüber, glaube ich, sind Sie, meine Herren, nicht einen Moment im Zweifel gewesen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe geglaubt, es sei der Moment gekommen, um den Beweis zu liefern, daß man auf das Reich und das Wohl des Reiches einen großen Werth lege. Dies ist nicht geschehen und ich erkläre unumwunden, daß diese Enttäuschung einen der härtesten Schläge bildet, der mich in meinem politischen Leben getroffen hat. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, meine Herren, daß keine Ursache vorhanden sei, gegen mich den Vorwurf zu erheben, als hätte ich mich bei der Auflösung des böhmischen Landtages von irgend einer Parteirücksicht leiten lassen. Es war meine patriotische Pflicht, einen Appell an das Königreich Böhmen zu richten. Ich habe dies im österreichischen Sinne gethan und ich bin stolz darauf, es gethan zu haben. Soll ich etwa, meine Herren, den Beweis liefern, welche Vorwürfe mich getroffen hätten, wenn das Kriegsglück eine andere Wendung genommen hätte? Die Situation ist nun eine andere und ich muß vor Sie hintreten als Angegriffener, der nur, wie es im Adreßentwurfe heißt: „die nothdürftigste Wahrung der äußeren Verfassungsform“ beobachtet hat. Wodurch ist denn dieser Vorwurf begründet? Worauf basirt er denn? Das Tagen dieses h. Hauses und des Abgeordnetenhauses, ist es denn nicht ein Beweis, daß die Verfassung intact ist? Wo ist denn etwas geschehen, was die Verfassung auf irgend eine Weise tangiren könnte? Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich schwankend hin und her lavirt habe. Wohl, weil ich nichts gegen die Verfassung vollbringen wollte. Ich war gezwungen, nur auf die Zusammenkunft des Reichsrathes zu warten, um mit Vorlagen zu kommen, die eine verfassungsmäßige Behandlung erfordern. Ich werde in die Lage kommen, in der galizischen Frage eine Vorlage zu machen, ich werde an das hohe Haus appelliren, ob der Reichsrath dieselbe unterstützen wolle oder nicht; aber wenn von „Verrath“, von „Hintergedanken“ gesprochen wird, so muß ich dies feierlichst zurückweisen.

Präsident. Excellenz, ich glaube, daß es niemandem eingefallen ist, das Wort „Verrath“ zu gebrauchen.

Ministerpräsident Graf Potocki (fortfahrend): Es ist von einer nothdürftigen Wahrung der gesetzlichen Form gesprochen worden und die Regierung wird einen Vorwurf nicht annehmen, den sie anzunehmen keine Ursache hat. Es ist der Regierung ferner der Vorwurf gemacht worden, daß sie bloß von einer Gefühlspolitik geleitet den Ausgleich angestrebt habe. Meine Herren, so wie ich hier vor Ihnen stehe als Ministerpräsident Sr. Majestät, gebe ich die Erklärung ab, daß ich den Ausgleich als eine Nothwendigkeit ansehe, daß ich von dem Ausgleich das allerbeste erwarte, und daß ich von dieser Idee nicht abgehen werde, aber ich erkläre dabei, daß ich die Verfassung hochhalte und nichts gegen die Verfassung,

nichts ohne die verfassungsmäßigen Factoren thun werde, und das ist die Bürgschaft, meine Herren, daß nichts geschehen ist, was die Verfassung schädigen könnte. Diese Erklärung gebe ich um so freier, weil sie basirt ist auf meinem österreichischen Gefühl. Die Herren, welche das österreichische Gefühl angerufen haben, mögen es auch mir gestatten, an dasselbe österreichische Gefühl zu appelliren und an die Millionen, die heute noch in Ergebenheit des Willens Sr. Majestät harren und Manches ändern wollen, was in der Verfassung enthalten ist. Die Aufgabe ist schwierig, der Weg des Ausgleiches dornenvoll; ich fühle aber den Muth, darauf zu beharren und diesen Weg nie zu verlassen, so lange ich durch die Gnade Sr. Majestät Ministerpräsident sein werde.

Herr Hofrath Unger machte mir und der Regierung den Vorwurf, daß wir ein Coalitionsministerium sind. Ja wohl, wir sind ein Coalitionsministerium. Es ist, glaube ich, in Oesterreich nothwendig, ein Coalitionsministerium zu haben. Der Hauptgedanke dabei muß aber der sein, daß man auf dem correcten Wege anharrt. Der Herr Hofrath Unger scheint mir in der Idee der Coalition den Fehler der ganzen Combination zu sehen. Nun, meine Herren, ich glaube, daß dieser Vorwurf nicht begründet ist; ich glaube, daß in Oesterreich jedes Ministerium, wenn es dauerhaft sein soll, doch immer ein Coalitionsministerium sein muß.

Sr. Durchlaucht der Fürst Auersperg hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß ihr das österreichische Gefühl in seiner ganzen und vollen Bedeutung nicht immer vorgeschwebt habe. Ich kann Sie, meine Herren, versichern, daß dieses österreichische Gefühl in mir so rege war, wie bei allen meinen Collegen, und daß wir die hochwogenden Leidenschaften stets als ein Unglück angesehen haben, das wir mit allen Kräften zu unterdrücken stets bestrebt waren. Ich versichere Sie, meine Herren, daß die Aufgabe der Regierung in diesen schweren Zeiten eine solche war, daß sie gegen alle, mitunter extremen Richtungen hin Front machen mußte, und sie hat Front gemacht in dem Bewußtsein, hiedurch ihre Verfassungstreue zu beweisen. Sie hat Front gemacht und, Gott sei Dank, ich habe die Ehre, die Herren hier zu sehen in der Ausübung ihrer Pflichten und Rechte, und es ist für mich eine Genugthuung, daß wir sehr bald zur Wahl der Delegationen schreiten können, wo die höchsten Interessen des Staates den Gegenstand der Verathung bilden werden. (Beifall und Bewegung.)

Sr. Excellenz Graf Wienburg erklärt sich mit dem vorliegenden Adressentwurf vollkommen einverstanden, billigt die Neutralitätspolitik der gegenwärtigen Regierung durchaus nach außen, bedauert nur, daß gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke die inneren Verfassungswirren das Reich durchwühlen, und führt des Weiteren aus, daß trotz der numerischen Mehrheit der Czechen in Böhmen die Deutschen an Intelligenz, Wohlhabenheit, Steuerfähigkeit doch die eminente Majorität repräsentiren.

Redner skizzirt in kurzen Zügen die Verfassungsgeschichte Oesterreichs und speciell Böhmens und von der „verneuten Landesordnung“ Ferdinands II. ab bis zu den Staatsgrundgesetzen von 1867, welche letztere er als die magna charta unserer Freiheit bezeichnet. Das treue Festhalten an der Verfassung bestimmt den Redner, für den vorliegenden Adressentwurf zu stimmen.

Freiherr von Lichtenfels. Ich bin weit entfernt, das Gute, das in mancher Beziehung unter dem gegenwärtigen Ministerium geschehen ist, zu verkennen; es verdient meines Erachtens allerdings den lebhaftesten Dank dafür, daß das hohe Ministerium bestrebt war, durch die Aufrechthaltung der Neutralität die Bevölke-

rung von den Drangsalen und Schrecken des Krieges freizuhalten. Es wird meines Erachtens ferner immer anerkennenswerth bleiben, daß die hohe Regierung den Annäherungen des heiligen Stuhles entgegengetreten ist und das Concordat für zerrissen erklärt hat, und ich habe in diesem Falle nichts weiter zu wünschen, als daß die Gesetzentwürfe, die wir zur Ausfüllung der Lücken des Concordates zu erwarten haben, geeignet sein möchten, die Rechte der Staatsgewalt und der katholischen Kirche gehörig zu sichern und den Mißbräuchen des kirchlichen Einflusses, die wir in bedauernder Weise so vielfältig wahrnehmen, gehörig zu steuern.

Ich bin ferner bereit zuzugestehen, daß die Leitung in den einzelnen Fachministerien, so weit sie nicht in näherer oder entfernterer Berührung mit der Verfassung steht, meines Wissens keinem Tadel unterliegt; mit um so größerem Leidwesen muß ich erklären, daß mir die Politik der hohen Regierung in den Verfassungsfragen durchwegs verderblich und, wenngleich sicher in guter Absicht, doch nur so geartet erschien, daß sie dahin geführt hat und dahin führen konnte, die Verfassung zu untergraben und das Reich der allmähigen Auflösung preiszugeben.

Redner weist nun auf das frühere Verhalten des jetzigen Ministers Baron v. Petrino im Reichsrathe, auf seinen Antrag, die von Galizien in Anspruch genommene Autonomie auf alle Länder auszudehnen, was einer Auflösung des Reiches gleich käme und auf seinen Austritt aus dem Reichsrathe hin und übergeht dann auf die Acte der hohen Regierung selbst, den Wechsel in den Statthalterposten, welcher den Zweck hatte, sich dadurch die Feinde geneigter zu machen und so jene verhängnißvolle Politik der Versöhnung die seit drei Jahren sich als bloßer Irrwisch gezeigt hat, noch weiter zu verfolgen, die doch keine andere Folge hat, als daß die Staatsgewalt immer mehr an Macht und Ansehen verliert.

Er müsse ferner fragen: hat die Regierung denn einen Schritt gethan, um den Umtrieben jener Parteien mit Nachdruck zu begegnen, deren stütes Geschäft es ist, die Verfassung dem Hofe und der Berachtung preiszugeben, die Anhänger derselben zu terrorisiren, nationale Gehässigkeiten stets zu steigern und die Zeretzungsbestrebungen zu befördern.

Weit entfernt davon war es aber der erste Schritt der hohen Regierung, mit den Häuptern dieser Parteien in Unterhandlung zu treten, ihre Wünsche zu hören und ihnen Vorschläge zur Erfüllung derselben zu machen.

Wird nicht durch solche Schritte der Regierung der Widerstand als legitim anerkannt und muß denn nicht die Regierung selbst zum Theile die Schuld tragen, wenn jetzt anstatt des Gesetzes der Terrorismus der Parteien immer mehr um sich greift; oder, will man diesen Gesichtspunkt nicht gelten lassen, in welchem Zustande der Schwäche müßte sich ein Staat befinden, in welchem ein solches Auskunftsmitglied der Regierung als entschuldigbar angesehen werden könnte?

Um den Geist der Parteien zu kennzeichnen, verweist er auf die von Nieger an Kaiser Napoleon gerichtete Denkschrift, welche den Zweck hatte, dessen Sympathien für seine Zeretzungspläne in Anspruch zu nehmen, und es versucht hat, diese Sympathien dadurch zu gewinnen, daß er schilderte, wie der österreichische Staat mit der czechischen Opposition keinen Schritt in der auswärtigen Politik, noch weniger einen Krieg unternehmen könne, daß es aber eine gute Gelegenheit gäbe, eine französische Armee ins Land zu werfen, die von hunderttausend oder zweihunderttausend Böhmen unter-

stützt werden könnte. Der Geist der Führer der polnischen Partei erhelle am besten aus ihrem Programme, wornach sie am altpolnischen Reiche festhalten.

Wenn das hohe Ministerium in seinem Programme dagegen anführt, bei Gesetzverbesserungen sei die nothwendige Fühlung mit allen Parteien zu halten, so ist das kein hinreichender Rechtfertigungsgrund. Bei Verbesserung von Gesetzen, die in anerkannter Wirksamkeit sind und denen von keiner Seite der Gehorsam verjagt wird, ist es allerdings zulässig und rathlich, Fühlung mit den Parteien zu erhalten, allein ganz etwas Anderes ist es, Verhandlungen mit denjenigen zu pflegen, die sich gegen die Gesetze auflehnen und sie in ihrer Auflehnung zu bestärken.

Dieses h. Haus hat am Schlusse der vorigen Session in einer Resolution ausdrücklich erklärt, daß es als erste Pflicht einer Regierung ansehe, allen Sonderbestrebungen gegen die centrale Reichsgewalt entgegenzutreten. In ähnlichem Sinne hat sich auch das andere Haus ausgesprochen. War der eingeschlagene Weg mit dieser Erklärung, mit dieser Manifestation vereinbar? Und sind Manifestationen der Reichsvertretung im constitutionellen Leben von so geringem Werthe? Redner übergeht nun zu dem Programme des h. Ministeriums, wie dasselbe in dem Circulandum an die österreichischen Missionen vom 28. Juni bekannt geworden ist und welches von dem Minister des Aeußern ausgeht, was zu beklagen sei, denn die Regierung im Innern eines Reiches sei kein Feld diplomatischer Kunstfertigkeit.

Es handle sich hier vor allem nur um festes und beharrliches Vorgehen auf dem geraden, unverrückbaren Wege der Verfassung. Wäre dies geschehen, hätte man von Anbeginn an dem einfachen Grundsatz der Verfassung festgehalten, daß diejenigen Länder, welche sich, nachdem alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft worden sind, gleichwohl von der Vertretung ausgeschlossen, dennoch an die Beschlüsse der Reichsvertretung gebunden sind, dann würde, da die Verfassung allen Stämmen und Ländern ein gleiches Feld zu gedeihlicher Entwicklung darbietet, das Bedürfnis, an Beschlüssen Theil zu nehmen, welche über das Wohl des Landes entscheiden, jene Länder, welche schon anfangs Theil genommen haben, dem Reichsrathe erhalten und die übrigen allmählig hineingebracht haben. Nachdem man aber anfang, die Mitwirkung durch Zugeständnisse erkünsteln zu wollen, war es natürlich, daß diese Zugeständnisse immer zur Bedingung gemacht wurden, so daß, einmal mit Concessionen angefangen, kein Ende mehr ist und daß gegenwärtig auch die winzigste Partei im kleinsten Landtage sich für berechtigt hält, mit Phrasen über die Ungiltigkeit der Verfassung umherzuwerfen und staatsrechtliche Präzedenzen zu stellen.

Redner rügt, daß das Programm der Regierung nicht darlege, wie sich die Autonomie mit der Reichseinheit vereinigen lasse, daß es ein kaiserliches Vorrecht, die Ernennung der Herrenhausmitglieder, aufs Spiel setze und bespricht dann die Auflösung der Landtage und meint, es ging der Zweck, der eigentlich in der Auflösung liegen sollte, verloren, den pflichtvergessenen Landtagen diese Pflichtvergessenheit zu erkennen zu geben und sie zu verfassungstreueren Wahlen aufzufordern.

Aber auch in der Constituirung der Landtage trat das Bestreben der Regierung gegen die Verfassung hervor. Gerade in solchen Landtagen, in welchen vorzugsweise eine Kräftigung des verfassungsgetreuen Elementes und eine verfassungsmäßige Leitung erforderlich gewesen wäre, wurden die der Verfassung ergebenen Landeshauptleute entfernt und Männer von entgegengesetzter Gesinnung an die Spitze gestellt.

Jeusselon.

Miß Nella.

Erinnerungen aus dem indischen Meere.

1.

Der Bungalow.

(Fortsetzung.)

Der Capitän Mackinson trocknete die Thränen seiner Tochter ab und drückte sie mit den Zeichen der lebhaftesten Zärtlichkeit an sein Herz. Diese hatte die Wahrheit gesprochen. Der Vater konnte die Liebflosungen seines theuren Kindes, das er bis zur Schwäche liebte, nicht entbehren, und wenn er es ihr versagte, sie trotz ihrer dringenden Bitten nach Europa zu führen, so hatte er triftige Gründe, in Asien zu bleiben. Einer geachteten, aber armen schottischen Familie entsprossen, hätte der Capitän Mackinson mit dem Halsold eines Officiers in England nicht standesgemäß leben können. Obschon er nicht viel hoffte, einen höheren Grad zu erreichen, als der, welchen er auf der Spitze seines Degens erobert hatte, so war der active Dienst seiner unternehmenden Natur doch sehr angemessen. Er war im Jahre 1840 der älteste Officier der indischen Armee, und in den fünfundsiebenzig Jahren, welche er in Asien Kriegsdienste leistete, war der Gedanke, nach Europa zurückzukehren, niemals in seinem Kopfe aufgestiegen. Der

Urlaub, den er in regelmäßigen Zwischenräumen erhielt, wurde zur Jagd in den Jungles und Gebirgen benutzt. Nach und nach war Indien ein zweites Vaterland für ihn geworden; er liebte seine üppige Vegetation, die zugleich wilden und verführerischen Landschaften, die Gewohnheiten eines angenehmen und zwanglosen Lebens, das heiße Klima sogar, dessen verderblichen Einflüssen zu trogen seine Mäßigkeit und seine kräftige Körperbeschaffenheit ihn fähig machten. Er hatte den Ruf eines ausgezeichneten, muthvollen und erfahrenen Officiers; aber man vergaß auf ihn im Kriegsministerium, wo sich Niemand befand, der zu seinen Gunsten gesprochen hätte. Ueberdies hatte er einen Fehler begangen, der seinem Avancement sehr schaden sollte. Müde, allein zu leben, ließ er sich von einer unüberlegten Leidenschaft hinreißen, im Alter von 35 Jahren eine in Indien geborene Frau zu heiraten, und diese, der hergebrachten Sitte widersprechende Heirat hatte ihn der Gesellschaft seiner Waffenbrüder entfremdet. Die Frau des Capitäns Mackinson war jedoch Europäerin durch ihren Vater. Sie stammte von einem jener französischen Abenteurer ab, die zu Ende des vergangenen Jahrhunderts bei den Fürsten der marahittischen Conföderation Dienste genommen hatten; durch ihre Mutter gehörte sie aber der eingeborenen, unterworfenen Race an. Ungeachtet der Reize ihrer Person, mußte die Frau des Capitäns Mackinson doch in der Zurückgezogenheit leben und durfte sich unter den englischen Damen nicht sehen lassen. Ihr Gatte, der sich mit Recht rühmte, dem reinsten schottischen Blute entsprossen zu sein, verlebte deshalb doch nicht minder glück-

liche Tage mit ihr, die er zu seiner Gefährtin erwählt hatte. Großmüthig ertrug er die Consequenzen seiner Wahl und bereute niemals den Entschluß, den er gefaßt hatte. Aber sein Glück sollte von kurzer Dauer sein. Nach fünf Jahren friedlichen Beisammenseins, das um so süßer war, da das Geräusch der Welt es niemals trübte, verlor er die Gattin, welcher er muthvoll das Opfer eines Theils seines persönlichen Ansehens gebracht hatte. Sterbend ließ sie ihm als Erinnerung eines nur zu schnell entflohenen Glückes eine Tochter zurück, welche die einzige Freude ihres Vaters wurde.

Nella, auf den Knien des Capitäns Mackinson aufgewachsen — der häufig seinen Aufenthaltsort wechselte und oft unter dem Zelt lebte — wurde keineswegs in die Geheimnisse der europäischen Erziehung eingeweiht. Ihre einzige Gouvernante war ihre indische Amme Gaoirie, in den Bergen Mittelindiens geboren. Nella war also das, was die Natur aus ihr gemacht hatte; sie vereinigte den edlen Stolz ihres Vaters mit der Lebhaftigkeit ihres Großvaters, des französischen Abenteurers; überdies hatte sie von ihrer Mutter jene ungestümen Aufwallungen, jene Anfälle von Schwermuth und Lebhaftigkeit, Trägheit und Energie geerbt, welche das präde Europa in seiner strengen Sprache mit dem Namen Launen bezeichnet.

Seitdem der Capitän Mackinson Witwer war, gab es kein Hinderniß mehr, daß er seinen Platz unter den englischen Gentlemen wieder einnahm; aber sei es, daß er Geschmack an der Einsamkeit gefunden hatte, oder wollte er bis an das Ende seines Lebens dem Andenken

Redner glaubt, mehrere Belege hiefür vorbringen zu können, indem er insbesondere auf die Bukowina und Tirol hinweist.

Schließlich bespricht Redner das Verfahren dem böhmischen Landtage gegenüber, den kläglichen Zustand des Abgeordnetenhauses vor der letzten Vertagung, die Hartnäckigkeit der polnischen Forderungen und sieht durch die — er wolle es nicht leugnen — schon von der vorigen Regierung übernommene und jetzt fortgesetzte Politik der Nachgiebigkeit und Schwäche das Staatsgebäude in allen Fugen zum Wanken gebracht und die Macht und das Ansehen des kaiserlichen Thrones erschüttert. Möge die Weiterverfolgung dieser Bahn nicht bis zum gänzlichen Einsturze dieses Gebäudes führen. Soll diesem Einhalt geschehen, so kann es nur durch volle und entschiedene Rückkehr zur Verfassung geschehen.

Hofrath Dr. Unger erklärt, daß Alle, die für die Adresse in der Form, wie sie vorliegt, stimmen werden, von dem Gefühle persönlicher Hochachtung und Verehrung für seine Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten durchdrungen sind. (Bravo!) Alle haben zu allen Zeiten das große Opfer anerkannt, das Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident brachte, als er sich der unendlich schwierigen Aufgabe unterzog, von deren Scheitern er, wie ich glaube, von vornherein so ziemlich überzeugt sein mußte und nach seiner heutigen schmerzlichen Aeußerung auch heute überzeugt ist. Wenn aber Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident hier angegriffen worden ist, so geschah dies, weil man die Person des Herrn Ministerpräsidenten von dem Präsidenten dieses Ministeriums nicht zu trennen im Stande sei und gerade die Zusammensetzung des jetzigen Ministeriums es ist, welche Angriffe hervorrufe und man nach Aeußerungen öffentlicher Blätter glauben mußte, es werde ein theilweiser Personenwechsel im Ministerium eintreten. Er müsse noch hinzufügen: Wir haben an den guten Absichten, an der lokalen Tendenz der Regierung, namentlich in ihrer Vertretung durch den Herrn Ministerpräsidenten, der jetzt den Schild vor seine Collegen, mit denen er erschienen ist, halten muß, nie gezweifelt. Würden wir einen Zweifel haben an der bona fides dieses Ministeriums, würden wir von der Ansicht ausgehen, daß diese Regierung, um mich eines juristischen Ausdruckes zu bedienen, dolose die Verfassung untergraben habe; dann wäre der Staatsgerichtshof der Ort, um über dieses Ministerium zu entscheiden. Wir aber urtheilen nicht über die Absichten; die parlamentarische Vertretung ist dazu berufen, um über die Erfolge einer Politik zu urtheilen; daß aber der Erfolg der ministeriellen Politik die absolute Erfolglosigkeit war, das hat in seinem schmerzlichen Geständniß der Herr Ministerpräsident selbst zugegeben. Wenn der Ministerpräsident sich in Bezug auf die Auflösung der Landtage mit dem Schilde der Krone deckt, so glaube auch die Majorität im Interesse der Krone zur Wahrung ihres Glanzes, zur Vergrößerung ihrer bereits etwas hinfällig gewordenen Autorität für die Adresse stimmen zu sollen.

Zur galizischen Resolutionsfrage

bringt das „Prager Abtblt.“ folgende Bemerkungen:

„Daß die Aussichten, mit den Polen zu einer Verständigung zu gelangen, günstiger sind als in Böhmen, das ergibt sich schon aus dem Vergleiche der Haltung der polnischen Abgeordneten mit jener der tschechischen. Die Polen haben bisher nie den Weg der Verfassung verhorrescirt, sie haben nie die starre Negation zu ihrem Schlagworte gewählt und auch niemals den Umsturz des bestehenden Rechtsbodens gewissermaßen zur Vorbedingung jedes Ausgleiches gemacht. Ihre Forderungen, insofern sie in der Resolution zum Ausdruck gelangen,

der Frau, die er so früh verloren, treu bleiben, er fuhr fort, sich außerhalb der officiellen Welt zu halten; nur erhielt er von Zeit zu Zeit den Besuch junger Officiere, die aus seinem Umgange Nutzen zogen und sich dem Vergnügen hingaben, mit Nella zu plaudern. Es war in der wenig gebildeten, aber intelligenten Natur dieses Kindes eine reizende Ursprünglichkeit, sie fand ein merkwürdiges Vergnügen daran, Europäer zu befragen, und horchte mit einer wahren Begier auf alles, was man ihr von der Gesellschaft und den Gebräuchen des Decidents erzählte. Daraus entstand bei ihr ein ungezügelltes Verlangen, das Land zu sehen, aus welchem die jungen Leute kamen, die ihren Vater besuchten, und sich selbst in jene civilisirte Gesellschaft zu mischen, von welcher sie sich eine ebenso unvollständige, als anziehende Vorstellung machte. Getreu ihrem doppelten Ursprunge, besaß sie die naiven Instincte der Frauen ihres Landes und die weltlichen Ansprüche der jungen Mädchen, die erzogen werden, um in der Gesellschaft zu glänzen. Niemand, nicht einmal ihr Vater, hätte den Muth gehabt, sie darauf aufmerksam zu machen, daß die zweifelhafte Farbe ihrer Haut ihr den Eintritt in jene vergoldeten Salons verbieten könnte, deren Vorstellung ihre friedlichen Träume trübte. Inmitten dieser Illusionen und in jener Unwissenheit der Sitten Europa's nahm Nella an Alter und Schönheit unter der strahlenden Sonne Indiens zu.

(Fortsetzung folgt.)

sind allerdings nicht gering und erheischen die sorgfältigste Erwägung, aber es läßt sich doch über dieselben discutiren. Sie wurden auf legalem Wege beschlossen und sollen auch wieder nur auf legalem Wege zur Durchführung gelangen, ein Umstand, der jedenfalls schwer ins Gewicht fällt und das Ausgleichswerk wesentlich zu fördern geeignet ist.

Die Verhältnisse in Galizien liegen aber auch anders als in Böhmen. Galizien gehört kaum hundert Jahre zu Oesterreich, hatte nie mit den sogenannten Erbländern jene Gemeinsamkeit der Interessen und Bedürfnisse wie Böhmen, gehörte nie dem deutschen Bunde an und war auch schon durch seine Lage in der östlichen Reichshälfte niemals so sehr auf die westlichen Kronländer angewiesen wie Böhmen, das durch die Uebereinstimmung der politischen und materiellen Interessen durch Jahrhunderte mit den übrigen Erbländern im engsten Verbande stand. Ueberdies muß noch ein gewichtiger Umstand in Betracht gezogen werden, die Thatsache nämlich, daß keine einigermaßen bedeutende Partei in Galizien — die Ruthenen nicht ausgenommen — einem eventuellen Eingehen auf die Forderungen der Polen eine solche schroffe und bedenkliche Opposition entgegensetzt, wie die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, welche doch auch vollberechtigte Landesangehörige sind, einem etwaigen Eingehen auf die Declaration. Ein Ausgleich mit den Polen auf Grundlage der Resolution würde auch bei weitem nicht so sehr das innere Gefüge des Reiches und seine Machtstellung schädigen, wie ein eventueller Ausgleich mit den Tschechen auf Grundlage einer vollständigen Anerkennung und Durchführung des „böhmischen Staatsrechtes“. Auch würde eine solche Verständigung mit den Polen den ungarischen Ausgleich entweder gar nicht oder nur in so untergeordnetem Grade berühren, daß von ungarischer Seite keine Opposition dagegen erhoben werden dürfte. Und daß auch die Länder der westlichen Reichshälfte einem wenigstens theilweisen Eingehen auf die Forderungen der Polen nicht abhold sind, bewies die Aufnahme, welche seinerzeit der bekannte, von dem Abgeordneten Reichbauer ausgearbeitete Ausgleichsentwurf gefunden.“

Das „Prager Abendblatt“ spricht am Schlusse des Artikels die Hoffnung aus, „daß auch da, wo ein Ausgleich bis jetzt an der Unerfüllbarkeit der gestellten Forderungen scheiterte, mit der Zeit die Ueberzeugung zum Durchbruche kommen wird, daß weises Wasthalten und Anerkennung der einmal gegebenen unabänderlichen Verhältnisse im Staatsleben weit eher zum Ziele führt als unfruchtbare Negation und beharrliches Ignoriren unabänderlicher Verhältnisse“.

Kriegschronik.

Aus dem Hauptquartiere zu Versailles berichtet der „St.-Anz.“ vom 8. November: „Aus Pariser Zeitungen vom 8. d., also dem laufenden Tage, die heute den Hauptquartieren zugegangen sind, läßt sich die Auffassung entnehmen, welcher in Paris die Sendung des Herrn Thiers begegnet ist. In einem nur wenige Zeilen umfassenden Artikel, überschrieben „Abbruch der Waffenstillstands-Verhandlungen“, erklärt das „Journal Officiel“ vom 7. November: Preußen habe die Frage der Verproviantirung ohne weiteres abgelehnt, und das Stimmrecht von Elsaß und Lothringen nur unter Vorbehalt zugestanden. Die Stelle lautet im Original: „La Prusse a expressément repoussé la condition du ravitaillement; elle n'a d'ailleurs admis qu'avec des réserves le vote de l'Alsace et de la Lorraine.“ Unter diesen Umständen habe die Regierung den Waffenstillstand einstimmig verworfen. Das officielle Organ des Regierungsausschusses macht, nachdem es diesen Entschluß mitgetheilt, nicht den geringsten Versuch, in eine nähere Begründung desselben einzutreten. Er verschweigt völlig den Umstand, daß bisher noch zu allen Zeiten der Kriegsbrauch geherrscht, durch Verhandlungen des Waffenstillstandes, die einen möglichen Frieden erst einleiten sollen, die militärischen Verhältnisse in keiner Weise zu alteriren. In dem gegenwärtigen Fall gab es um so weniger einen Grund, von der durch Jahrhunderte festgehaltenen Gewohnheit abzugehen, als die Vortheile, die eine vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten darbieten könnte, offenbar für die eine der kriegführenden Parteien bei weitem größer waren, als für die andere. Denn den Männern, die gegenwärtig an der Spitze Frankreichs stehen, mußte bei seiner einigermaßen vorurtheilslosen Erwägung der Sachlage alles darauf ankommen, aus dem provisorischen Zustande, welchen der Staatsstreich des 4. September geschaffen, zu der festen Grundlage eines vom Volk öffentlich anerkannten Rechtszustandes zu gelangen, was außerhalb der Waffenruhe nicht geschehen konnte. Die deutschen Regierungen dagegen würden sich bei Annahme eines Waffenstillstandes die Mäßigung auferlegt haben, einen mit glänzendem Erfolg geführten Krieg an dem Zeitpunkte zu unterbrechen, wo eine Katastrophe nahe gerückt war, die von ganz Europa als der entscheidende Moment in dem deutsch-französischen Feldzuge angesehen wird. Mit welchem Recht das Gouvernement in Paris von einer Forderung ausging, die mit der längst vollzogenen Cernirung der Hauptstadt unvereinbar ist, und den militärischen status quo geradezu aufgehoben haben würde, wird von dem officiellen Organ der Republik

mit keinem Wort erhärtet. Diejenigen Zeitungen der Hauptstadt, die besonders auf die Masse des Publicums berechnet sind, wie z. B. der „Petit Moniteur universel“, benutzen die Thatsache des gescheiterten Waffenstillstandes, um den verblendeten Kriegeifer ihrer Leser nach wie vor durch neue Aufreizungen zu schüren. „Wir haben nie auf den Abschluß des Waffenstillstandes gerechnet“, sagt das genannte Blatt. „Wenn Graf Bismarck wirklich auf die Vorstellungen der vier Großmächte hörte, so geschah es nur, weil er unsere Aufmerksamkeit einschläfern, uns eine kostbare Zeit rauben, uns ermüden, veruneinigen wollte. Keine Täuschungen mehr,“ heißt es am Schluß, „die tapferere Bevölkerung weiß, daß Frankreich sich zur äußersten Anstrengung (suprême effort) rüstet. Kampf bis aufs Messer (à outrance) ist das einzige logische Mittel, um zu einer allgemeinen Entwaffnung Europa's (!) zu gelangen.“ Wie weit man noch immer in Paris davon entfernt ist, aus dem Stadium der Leidenschaft in das der ruhigeren Besinnung einzulreten, läßt sich aus diesen Erörterungen unschwer erkennen.

Wir erhalten weitere Aufschlüsse über den Kriegsschauplatz in Ostfrankreich durch ein Schreiben aus Lyon vom 11. November. Dasselbe lautet: Es scheint, daß die durch die Francireurs von Baucuse und durch andere Freicorps zu Saint-Jean de Losne, Seurre und Brazey gegen die preussischen Avantgarde gelieferten Gefechte glücklich gewesen sind und den Feind zum Rückzug gezwungen haben. Aber ein Corps von 40.000 Mann steht in Besoul und in den umliegenden Dörfern und erwartet vom General Werder den Befehl zum Vorrücken. In Chagny wahrscheinlich wird der erste ernste Zusammenstoß zwischen den beiden Armeen stattfinden, wenn die Preußen nicht ihre Richtung ändern und gegen Nevers und das Bourbonnais abzuweichen. Man beginnt zu glauben, daß Lyon für diesen Augenblick nicht ihr Ziel ist, sondern daß sie über Bourges marschirend der Loire-Armee in den Rücken fallen werden. Man sagt auch, daß Garibaldi, plötzlich seine erste Entschließung aufgebend, sich nach Besançon zurückbegeben habe, um von da im Vereine mit General Michel das Belfort belagernde Corps anzugreifen. Von Mühlhausen wird eine große Zahl preussischer Verwundeter gemeldet, die eben anlangen. Ein Militärspital ist in dieser nun mit einer Garnison belegten Stadt vorbereitet worden. Hier in Lyon trifft man in Betreff der Verproviantirung der Stadt für eine lange Belagerung dieselben Vorkehrungen, die in Paris getroffen worden sind. Man denkt daran, die Gefängnisse leer zu machen und sie zu Magazinen zu benützen; der Municipalrath verlangt die Ueberführung der Gefangenen außerhalb des französischen Gebietes für die ganze Kriegsdauer (!) — Wir haben eben ein Detachement der gardes civiques von Marseille, das zur Ostarmee abgeht, durchpassiren gesehen. Es sind viele Hafenleute darunter. An demselben Tage sahen wir auch die Mobilgarden des Departements Alpes-Maritimes (Nizza). Die Arbeiten an unseren vorgeschobenen Festungswerken gehen rasch ihrer Vollendung entgegen. Die thätige Mitwirkung der Nationalgarde hat sehr zu diesem Ergebnisse beigetragen. Tours, 18. November. (Officiell.) Chateaudun, 17. November. Die Preußen griffen Vandœuvre mit Artillerie an. Wir bleiben Herren unserer Positionen. Saint-Jean de Losne wurde geräumt; die Preußen halten die Höhen von Cheresy vor Dreux besetzt. Es fand daselbst ein hartnäckiger dreistündiger Kampf statt. Bei Rocroy Gefecht von 400 Mobilgarden und Francireurs gegen 2500 Preußen, welche beträchtliche Verluste erlitten.

Tagesneuigkeiten.

— (Rudolfs-Hof.) Am 19. d. M., am Namensfeste Ihrer Majestät der Kaiserin, hat der unter dem Protectorate Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzogs Rudolph stehende Verein zur Erbauung von Beamtenfamilienhäusern die Grundsteinlegung zum Baue des „Rudolphs-Hofes“ vorgenommen. Die vom Kalligraphen Spada künstlerisch ausgeführte Urkunde ist von Sr. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Vereinsprotector, vom Herrn Generalmajor Latour, vom Herrn Statthalter und Vereinscurator Freiherrn v. Weber und den Mitgliedern des Verwaltungsrathes und des Baucomité unterzeichnet. Der Feierlichkeit wohnte das Vereinspräsidium und eine Deputation des Verwaltungsrathes bei.

— (Conversion der Staatsschulden.) Von den auf Grund des Gesetzes vom 20. Juni 1868 zu convertirenden Effecten der allgemeinen Staatsschuld wurden, in Schuldtitel der einheitlichen Schuld umgerechnet, im Monate October 1870 convertirt und als solche verbucht: 14,173.910 fl. 57 kr. in Noten und 32,810.575 fl. in Silber verzinslich, zusammen 46,984.485 fl. 57 kr. Im Ganzen wurden bis 31. October 1870 convertirt: 899,878.254 fl. 57 kr. in Noten und 844,671.482 fl. 50 kr. in Silber verzinslich, zusammen 1,744,549.737 fl. 7 kr. ö. W. Zu convertiren sind noch 157,240.925 fl. 94 1/2 kr. in Noten und 130,815.313 fl. 13 kr. in Silber verzinslich, zusammen 288,056.239 fl. 7 1/2 kr. ö. W.

— (Die Fahnenweihe des 5ten Honved-Bataillons) fand am 13. d. unter großem Andrang des Publicums, vom herrlichsten Wetter begünstigt, statt.

Ihre k. Hoheiten der durchlauchtigste Herr Erzherzog Joseph und die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Clotilde als Fahnenmutter wohnen der Feier bei und wurden bei ihrem Erscheinen vom Fürst-Primas mit zahlreicher geistlicher Assistenz feierlich empfangen.

(Lebendig begraben.) Am 12. d. M. Nachmittags wurde ein Arbeiter der Wasserleitungs-Unternehmung in Brünn beauftragt, eine bei fünf Schuh tiefe Grube in der Fröhlichergasse zu verschütten.

Locales

(Gesetzsammlung.) Ueber Veranlassung des Ministeriums des Innern wurde vor kurzem eine Sammlung der zu den Landesordnungen und Landtagewahlordnungen vom 26. Februar 1861 bis nun erschienenen nachträglichen Gesetze veranstaltet.

(Concurs.) Zur Besetzung der bei dem hiesigen Landesgerichte in Erledigung gekommenen Staatsanwaltschaft wird der Concurs bis 2. December ausgeschrieben.

(Neues Postamt.) Mit 1. December l. J. wird in Sorenjawa bei Pölland ein k. k. Postamt in Wirksamkeit treten, welches mit Bischoflack durch eine tägliche Botenfahrt verbunden sein wird.

(Medizinischer Verein.) Nächsten Samstag, d. i. am 26. November, findet eine wissenschaftliche Versammlung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach in dessen Museallocale mit nachfolgendem Programme statt:

Börsenbericht. Wien, 18. November. Man war auf dem besten Weg, in der Baisse noch weiter zu gehen. Im Vor- und Nachmittage notirte man als tiefsten Stand Anglo 178, Credit 235,50, Union 202,50, Karl-Ludwig 224, Südbahn 168,50, Tramway 147, Silberrente kam zu 63,85 vor.

Dankfagung.

Die gefertigte Gemeindevorstellung erfüllt ihre Pflicht, indem sie der Laibacher Sparcasse, diesem gemeinnützigen Institute, für die namhaften Unterstützungen, welche dieselbe in Beträgen von 300 fl. für die armen Abbrändler in Adelsberg, und 100 fl. (aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums) für die Ortsarmen zur Verteilung gütigst anher übersandte, den schuldigen Dank öffentlich ausspricht.

Neuelle Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“) Berlin, 20. November. (Officiell.) Die Cernirung Montmedy's ist am 16. November nach kleinen Gefechten erfolgt.

Karlsruhe, 20. November. Der Vertrag über den Anschluß Badens und Hessens an Deutschland wurde am 15. November in Versailles unterzeichnet.

Versailles, 20. November. Ein siegreiches Gefecht fand am 18. November bei Chateaufort statt. Preussischer Verlust: 100, französischer: 300 kampfunfähig, 200 Gefangene.

Tours, 20. November. (Officiell.) Der Feind wurde in Chatillon von den Garibaldinern unter Ricciotti überrumpelt, die ganze Besatzung von 800 Mann theils getödtet, theils gefangen. Die Preußen griffen am 19. November Evreux an und wurden durch die Nationalgarde gezwungen, sich zurückzuziehen.

Brüssel, 20. November. „Independance“ erfährt von verlässlicher Seite, die Verproviantirung Paris' sei auf lange gesichert.

Constantinopel, 20. November. Die Einberufung der Redifs ist angeblich angeordnet.

Meran, 19. November. Zur Feier des Namensfestes Ihrer Majestät der Kaiserin begab sich ein Schützenzug nach Schloß Trautmannsdorf und defilirte im Parke vor Ihrer Majestät. Der Landeshauptmann beglückwünschte die Kaiserin im Namen des Landes, der Schützen und der verschiedenen Deputationen.

Wien, 19. November. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses war die Regierungsvorlage über die Ermächtigung der Forterhebung der Steuer bis Ende März Gegenstand der Verathung. Die Majorität des Ausschusses sprach die Ansicht aus, daß, um den Anschein eines Vertrauensvotums für die Regierung durch Bewilligung der Regierungsvorlage zu vermeiden, die Bewilligung nur zu dem Zwecke zu ertheilen sei, daß die Staatsmaschine nicht in's Stocken gerathe.

Berlin, 19. November. Ein aus Köln nach Sedan abgegangener Feldtransport wurde von Franc-tireurs genöthigt, sich auf belgisches Gebiet zurückzuziehen.

Stuttgart, 19. November. Die Minister Mittnacht und Suckow reisen demnächst nach Berlin ab zur Unterzeichnung des Vertrages über den Eintritt Württembergs in den neuen deutschen Bund.

London, 19. November. Die „Times“ schreibt: Wenn Rußland die Ankündigung Gortschakow's verwirklichen läßt, so werde es England beim Protest Gran-

villes bewenden lassen; dagegen wäre die Pflicht Englands unabweisbar, wenn Rußland Besetzungen am Ufer des schwarzen Meeres anlegt und seine Kriegsschiffe vermehrt.

Telegraphischer Wechselkurs vom 19. November.

Spec. Metalliques 54.80. — Spec. Metalliques mit Nois und November-Zinsen 54.80. — Spec. National-Anlehen 64. — 1860er Staats-Anlehen 89.25. — Bankactien 711. — Credit-Actien 240.50. — London 125.75. — Silber 124.25. — St. L. Münz-Ducaten 6.02. — Napoleons'd'ors 10.18.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 19. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 5 Wagen mit Getreide und 15 Wagen mit Holz. Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price (fl. tr.), Item, Price (fl. tr.). Includes items like Weizen, Korn-Saat, Gerste, Hafer, etc.

Verstorbene.

Den 12. November. Margaretha Legan, gewesene Köchin, alt 75 Jahre, in der Stadt Nr. 74 an der Gebärmilchmangel.

Den 13. November. Franz Gerar, Inwohner, alt 64 Jahre, im Civilspital an der britischn Nierenentartung.

Den 14. November. Franz Kolesar, Mäster, sein Kind Anton, alt 5 1/2 Jahre, im Hühnerdorf Nr. 9 an der Herzbeutelwasserfucht.

Den 16. November. Margaretha Krizner, Inwohnerin, alt 46 Jahre, in der Stadt Nr. 113 an der Auszehrung.

Den 17. November. Katharina Sone, Institutsarme, alt 79 Jahre, in der Stadt Nr. 150 an Altersschwäche.

Lottoziehung vom 19. November.

Wien: 2 5 65 80 36. Graz: 38 81 66 16 37.

Theater.

Heute: Domestikenstreiche. Poffe in 1 Act. Eine vom Theater. Solojcene. Die Vorstellung bei der Hausmeisterin. Poffe in 1 Act.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 10 columns: Date, Wind, Barometer, etc. for the month of November.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmann

Table A: Allgemeine Staatsschuld. Für 100 fl. Includes entries for Einheitsliche Staatsschuld, in Noten verzinst, etc.

Table C: Actien von Bankinstituten. Includes entries for Anglo-öftr. Bank, Anglo-ungar. Bank, etc.

Table E: Pfandbriefe (für 100 fl.). Includes entries for Kray-Josephs-Bahn, Lemberg-Lern-Zaffner-Bahn, etc.

Table G: Privatlose (per Stück). Includes entries for Siebenb. Bahn in Silber verz., Staats-G. 3%, etc.